

Stand: 21.05.2026 21:50:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/212

"Stärkung der Meisterpflicht - Investition in das duale System der Berufsbildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/212 vom 30.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/241 vom 31.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 31.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Alexander König, Sandro Kirchner, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Otto Lederer, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Walter Nussel, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner, Hans Herold, Thomas Huber und **Fraktion (CSU)**

Stärkung der Meisterpflicht - Investition in das duale System der Berufsbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zum Handwerk und seiner Meisterausbildung. Deshalb muss der verpflichtende Meisterbrief als hoher Qualitätsstandard erhalten bleiben und sichergestellt werden, dass die Meisterausbildung eine adäquate und attraktive Alternative zur akademischen Ausbildung darstellt und die duale Ausbildung noch attraktiver wird.

Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang den Meisterbonus der Staatsregierung und dessen geplante Erhöhung auf 2.000 Euro.

Der Landtag bittet die Staatsregierung daher, sich auch auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass

1. die Meisterpflicht, soweit rechtlich zulässig und sinnvoll, für möglichst viele der derzeit nach der Handwerksordnung nicht zulassungspflichtigen Handwerksberufe wieder eingeführt wird,
2. die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, wonach zur weiteren Aufwertung der beruflichen Bildung gerade im Handwerk diese durch die öffentliche Finanzierung der Meisterprüfung dem kostenlosen Hochschulstudium stärker angeglichen werden soll, rasch konkretisiert und umgesetzt wird.

Begründung:

Die rot-grüne Bundesregierung hob im Zuge der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 die Meisterpflicht in 53 Berufen auf. Die Bundesregierung folgte seinerzeit damit mitunter den Empfehlungen der Monopolkommission, die sich in ihren Gutachten mehrfach gegen eine Meisterpflicht im Handwerk ausgesprochen hatte.

Politik und Handwerk arbeiten nunmehr daran, die Meisterpflicht in einzelnen Gewerken wieder einzuführen.

Die dringend benötigten Fachkräfte der Zukunft wollen für sich gute Bildungs- und Karriereperspektiven. Daher ist unabdingbar, dem Nachwuchs im Handwerk adäquate Abschlüsse und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Hierzu gehört insbesondere die zukunftsfähige und attraktive Meisterausbildung. Die Wiedereinführung der Meisterpflicht in Gewerken, wo dies sinnvoll ist, erhöht den Stellenwert der beruflichen Bildung und stärkt das System der dualen Berufsausbildung, dank dem Deutschland im internationalen Vergleich mit die geringste Jugendarbeitslosigkeit hat.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeyer, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Alexander König, Sandro Kirchner, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Otto Lederer, Barbara Regitz, Berthold Rütth, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Walter Nussel, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner, Hans Herold, Thomas Huber und Fraktion (CSU)

Drs. 18/212

Stärkung der Meisterpflicht – Investition in das duale System der Berufsbildung

Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zum Handwerk und seiner Meisterausbildung. Deshalb muss der verpflichtende Meisterbrief als hoher Qualitätsstandard erhalten bleiben und sichergestellt werden, dass die Meisterausbildung eine adäquate und attraktive Alternative zur akademischen Ausbildung darstellt und die duale Ausbildung noch attraktiver wird.

Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang den Meisterbonus der Staatsregierung und dessen geplante Erhöhung auf 2.000 Euro.

Der Landtag bittet die Staatsregierung daher, sich auch auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass

1. die Meisterpflicht, soweit rechtlich zulässig und sinnvoll, für möglichst viele der derzeit nach der Handwerksordnung nicht zulassungspflichtigen Handwerksberufe wieder eingeführt wird,
2. die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, wonach zur weiteren Aufwertung der beruflichen Bildung gerade im Handwerk diese durch die öffentliche Finanzierung der Meisterprüfung dem kostenlosen Hochschulstudium stärker angeglichen werden soll, rasch konkretisiert und umgesetzt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Manfred Eibl

Abg. Ulrike Scharf

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Michael Busch

Abg. Martin Hagen

Abg. Martin Böhm

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion
(CSU)**

**Stärkung der Meisterpflicht - Investition in das duale System der Berufsbildung
(Drs. 18/212)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht diese Emotionalität erfährt wie der vorhergehende. So beginne ich mit dem glorreichen Ausdruck und Sprichwort: "Handwerk hat goldenen Boden." Meisterpflicht und duale Ausbildung sowie die Selbstverwaltung der Wirtschaft bilden die Grundlage für die Qualität im Handwerk und haben sich über die vielen Jahrzehnte hervorragend bewährt. Die rot-grüne Bundesregierung hob im Zuge der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 die Meisterpflicht in 53 Berufen auf. Sie folgte seinerzeit mitunter einer Empfehlung einer Monopolkommission, die sich in ihrem Gutachten mehrfach gegen eine Meisterpflicht im Handwerk aussprach.

Die öffentliche Wertschätzung speziell des Handwerks hat in den vergangenen Jahren deutlich gelitten. Der Fachkräftemangel in einer Vielzahl von Handwerksberufen ist heute nicht nur feststellbar, sondern für viele von uns auch sehr klar spürbar. Für eine erfolgreiche Ausbildung von Fachkräften ist ein geschulter, qualifizierter und fachlich hoch engagierter Handwerksmeister unverzichtbar. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Einzug der Digitalisierung ins Handwerk. Eine Meisterpflicht hat sich stets als wichtige und gute Basis für ein erfolgreiches Wirken bestätigt. Aus kleinen Betrieben

entstanden in den Jahren erfolgreiche mittelständische Unternehmen mit einer Vielzahl von Mitarbeitern, die auf entscheidende Art und Weise zu einem sehr erfolgreichen Aufstieg Bayerns als Wirtschaftsstandort beigetragen haben.

Vor allem deshalb wollen wir den Erhalt sowie die Einführung bzw. Wiedereinführung des Meisterbriefes für weitere Berufsbilder prüfen lassen. Uns ist es auch wichtig, dass eine Stärkung der Meisterbildung erfolgt und damit eine Wertschätzung und auch ein Anreiz für eine höhere Bildung geschaffen werden und dass der Meisterbonus gemäß dem Koalitionsvertrag auf 2.000 Euro angehoben wird. Die Staatsregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag, um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu stärken. Diesbezüglich bitten wir Sie ausdrücklich um Ihr Bekenntnis zum Handwerk und zur Meisterausbildung, damit der hohe Qualitätsstandard erhalten, vor allem aber sichergestellt wird, damit die Attraktivität der Meisterausbildung eine adäquate Alternative zur akademischen Ausbildung darstellt und damit die duale Ausbildung noch attraktiver wird. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Eibl. – Als Nächste hat die Abgeordnete Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion das Wort.

Ulrike Scharf (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört und wissen es: 2004 ist der verpflichtende Meisterbrief für 53 Berufe von insgesamt 94 Handwerksberufen mit der Novellierung der Handwerksordnung abgeschafft worden. 2004 lag diese Abschaffung in der Verantwortung der rot-grünen Bundesregierung. Ich komme zu dem Schluss, dass diese Entscheidung ein Fehler war.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am prominenten Beispiel des Fliesenlegers möchte ich Ihnen kurz darstellen, warum diese Entscheidung eine Entwicklung auslöste, die unbedingt korrigiert werden muss. Zunächst ist die Zahl der Betriebe schlagartig angestiegen, was als positiv erscheinen könnte. In erster Linie waren es Ein-Mann-Betriebe oder Solo-Selbstständige. Die auf den ersten Blick positive Entwicklung hat sich aber ins Negative verkehrt. Viele dieser Ein-Mann-Betriebe sind relativ schnell wieder von der Bildfläche verschwunden. Hinzu kommt – und diese Entwicklung halte ich für sehr dramatisch –, dass die Zahl der Auszubildenden in diesen Berufen stark abgenommen hat. Solo-Selbstständige erbringen in den jeweiligen Handwerksberufen keine Ausbildungsleistungen. Dass sich gleichzeitig die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen in diesen Berufen reduziert hat, versteht sich von selbst.

Ich möchte ein weiteres Faktum anfügen, das die schlechte und negative Entwicklung unterstreicht. Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit einer Meisterprüfung hat die Qualität der Leistungen drastisch nachgelassen. Nachzuweisen ist dies an der Zahl der Klagen, die aufgrund mangelnder Leistungen auffällig zugenommen hat. Als Stichwort nenne ich die Gewährleistung.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass dem Handwerk aufgrund der Novelle von 2004 der so dringend benötigte Nachwuchs fehlt. Als Stichwort nenne ich den Fachkräftemangel. Wer glaubt, dass der Fachkräftemangel ein Thema ist, das uns erst künftig beschäftigen wird, der irrt sich. Wir wissen aus vielen Umfragen, dass Unternehmer den Fachkräftemangel als ihre größte Herausforderung bewerten. Die Qualität der Arbeit sinkt, die Zahl der Schadensfälle steigt, das heißt als Fazit: Es gibt kaum Nachwuchs, wir haben sinkende Qualität und eine Häufung von Schäden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die herausragende volkswirtschaftliche Stärke des Handwerks als Quelle, als Reservoir für solide Existenzgründungen, aber auch als Nachwuchsschmiede wurde seit der Novelle von 2004 deutlich geschwächt. Das kann nicht unser gemeinsames Ziel sein, insbesondere dann nicht, wenn wir uns zwei Zahlen vor Augen führen: Das Handwerk in Bayern stellt 13 % aller sozialversicherungs-

pflichtigen Arbeitsplätze. Zu 29 % stellt und sichert es wie kaum ein anderer Bereich eine Ausbildungsleistung.

Der verpflichtende Meisterbrief bedeutet einen hohen Qualitätsstandard. Er gewährleistet den Verbraucherschutz, er stärkt die Attraktivität der beruflichen Bildung, und er stärkt damit die Attraktivität des Handwerks insgesamt. Somit ist er eine ganz solide und stabile Säule und ein wichtiger Bestandteil unserer bayerischen Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen die Meisterpflicht für möglichst viele Berufe verfassungs- und europarechtskonform wieder einführen. Die Bayerische Staatsregierung hat dazu im September 2018 im Bundesrat einen Entschließungsantrag eingebracht, der in diesen Tagen und Wochen auf den Tagesordnungen zu finden sein wird. Erfreulich für mich ist auch, dass sich die Koalitionspartner sowohl im Bund als auch in Bayern darin einig sind, dass das deutsche Handwerk über nationale Grenzen hinweg für höchste Qualität steht.

Der Meisterbrief bürgt nicht nur für Qualität, sondern er steht auch für die duale Ausbildung, um die uns viele in der Welt beneiden. Wichtig ist mir an dieser Stelle auch noch, auf die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung hinzuweisen. Deshalb ist es ganz entscheidend und richtig, dass es einen Meisterbonus gibt, der jetzt auf 2.000 Euro erhöht werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Wert einer beruflichen Bildung und damit die Zukunftsperspektive für junge Menschen wird einem sehr deutlich, wenn man über die Grenzen Bayerns und Deutschlands hinaus blickt, nämlich auf die Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit, die in Ländern wie Spanien, Italien oder Portugal eine sehr deutliche Sprache sprechen.

Ergänzen will ich noch etwas Wichtiges: Unser duales Ausbildungssystem, vor allen Dingen aber auch die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, ermöglicht jungen

Menschen den Zugang zur Hochschule mit dem Meisterbrief und damit eine riesige Chance, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es sollte uns allen ein Anliegen sein, die falsche Entwicklung der Handwerksnovelle von 2004 zu korrigieren. Deshalb bitte ich Sie um Ihre geschlossene Zustimmung zu unserem Antrag zur Stärkung der Meisterpflicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Scharf. – Als Nächste hat die Abgeordnete Barbara Fuchs, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es muss nicht jede oder jeder Abitur gemacht haben oder ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, um eine anerkannte Person in unserer Gesellschaft zu sein. Eine duale Ausbildung und später die vorhandenen Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen einen guten und ehrenwerten Weg. Allerdings hat die Wertschätzung für das Handwerk lange Zeit ganz schön leiden müssen. Unserem dualen Ausbildungssystem zollt man international größten Respekt. Unsere Handwerker und handwerklichen Betriebe leisten großartige Arbeit und bekommen erst jetzt, in Zeiten des Mangels an Angeboten und Fachkräften, die verdiente Aufmerksamkeit.

Es ist unglaublich wichtig, dass wir jungen Leuten den Wert einer guten dualen Ausbildung vermitteln und ihnen Mut machen, diesen Weg zu gehen mit dem Wissen, dass sie sich damit später ein ordentliches Auskommen und Anerkennung verdienen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehört auch die Perspektive, sich weiterentwickeln und weiterbilden zu können. Die Weiterbildung zum Meister verstärkt und sichert die Qualität im jeweiligen Beruf. Sie schafft Vergleichbarkeit und bietet den Absolventen und Absolventinnen gleichzei-

tig eine hochwertige Qualifikation. Die Anhebung des Meisterbonus ist ein richtiges Signal. Das Ziel sollte Kostenfreiheit sein, auch im Sinne der Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass jede oder jeder immer noch mehr Abschlüsse machen sollte, aber die Möglichkeit dazu sollten wirklich jeder und jede in diesem Land haben. Der Meisterbrief ist ein Qualitätssiegel höchster Güteklasse und unbedingt zu schützen. Er sichert Kompetenzen und erlangte Fähigkeiten ab, die mit den Kammern und Innungen über die Ausbildungsverordnungen und Prüfungsausschüsse klar und eindeutig definiert sind.

Natürlich gibt es ein Spannungsfeld zwischen Berufsfreiheit und Meisterpflicht; jedoch ist genauestens zu prüfen, welche Konsequenzen die Abschaffung der Meisterpflicht in diesen 53 Berufsfeldern hatte. Das kann durchaus in manchen Bereichen dazu führen, dass getroffene Entscheidungen diskutiert werden, aber auf jeden Fall sollte die Abschaffung der Meisterpflicht nicht noch auf zusätzliche Berufsfelder erweitert werden.

Die Aufhebung der Meisterpflicht führt zu unausgewogener Konkurrenz zwischen Betrieben mit und ohne Meister, die letztlich aus Kostengründen bzw. Gründen der Konkurrenzfähigkeit zum Sinken der Qualität führt und immer auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird. Betriebe ohne Meister besitzen keine Ausbildungserlaubnis; dem Rückgang von Ausbildungsplätzen sind jedoch unbedingt entsprechende Maßnahmen entgegenzusetzen.

Ja, es gibt zwar auf der einen Seite Betriebe, die im Moment keine Auszubildenden finden, aber auf der anderen Seite gibt es viele Abgänger von Mittelschulen ohne Schulabschluss, die in irgendwelchen Maßnahmen verschwinden und damit die Statistiken erst einmal vor ihrem Problem verschonen. Es geht also darum, auch diese Jugendlichen so zu ertüchtigen – auch während der Berufsschulzeit –, dass sie eine duale Ausbildung bewältigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oft platzen manche Knoten einfach erst später. Genau dann sind Perspektiven wie die Meisterausbildung wichtig und notwendig, und zwar für die jungen Leute genauso wie für die Betriebe.

Unsere Welt wird immer komplexer, die Anforderungen werden immer größer. Dementsprechend braucht es auch mehr Wissen und qualitativ hochwertiges Arbeiten. Genau dafür steht in der Konsequenz der ausgebildete Meister bzw. die ausgebildete Meisterin.

Dem Argument, die Meisterpflicht verhindere den Zugang zur Selbstständigkeit, möchte ich Folgendes entgegensetzen: In Teil drei der vierteiligen Meisterausbildung über zwei Jahre werden betriebswirtschaftliche, kaufmännische und rechtliche Kompetenzen vermittelt. Diese sind notwendig und befähigen erst wirklich zur Gründung und Führung eines eigenen Betriebes. Genau damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Selbstständigkeit auch gelingt und niemand ruiniert wird. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich komme aus dem Hintergrund des Handwerks und der mittelständischen Betriebswelt.

Selbstverständlich müssen das Handwerk, die duale Ausbildung sowie die Meisterausbildung gestärkt werden und die verdiente Anerkennung bekommen. An dieser Stelle möchte ich auch eine Lanze für die Meisterausbilder brechen: Das sind erfahrene Meister, die meistens im Ehrenamt an mindestens zwei Abenden in der Woche und an Samstagen die 1.000 Stunden Meisterausbildung einbringen.

Ja, wir entwickeln uns auch weiter und sagen, dass die Aussetzung der Meisterpflicht nicht weiter ausgedehnt und die vorhandenen Maßnahmen überprüft werden sollten. Dann werden wir auch in der Lage sein, Entscheidungen zu überdenken, zu reflektieren und eventuell zu korrigieren, je nachdem, was dabei herauskommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Fuchs. – Als Nächster hat der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin wahrscheinlich ein Unikum in diesem Haus, denn ich bin seit 32 Jahren Metzgermeister. Ich weiß, wovon ich spreche. Auch in unserer Fraktion gibt es viele, die in der Praxis ihren Mann stehen. Ich bin einer, der hier speziell auf das Thema eingehen wird.

Was ist in den zurückliegenden Jahren seit 2004 geschehen, seit diesem unseligen Beschluss, das Qualitätsmerkmal Meisterbrief auszudünnen? – Es sind, wie es eine Kollegin gerade schon gesagt hat, eine Menge Leute aus Osteuropa zu uns gekommen und haben Ein-Mann-Betriebe gegründet. Dabei möchte ich wirklich wissen, ob die Finanzbehörden das alles im Griff gehabt haben, was An- und Abmeldungen angeht. Wahrscheinlich waren alle schon wieder weg, als die erste Umsatzsteuervorauszahlung usw. anstand.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das war sträflich und hat das Qualitätssiegel des Meisterbriefs vernachlässigt. Hier muss man Ross und Reiter nennen, wer das zu verantworten hat: nämlich die rot-grüne Regierung im Jahr 2004, die dieser EU-Vorgabe stattgegeben hat.

(Beifall bei der AfD)

Der grundlegende Eingriff in die Meisterordnung kommt im Endeffekt von der EU. Aufgrund von Hörigkeit ist die Meisterpflicht damals zum Teil, nämlich in 53 Berufen, abgeschafft worden. Die AfD hat am 28. September 2018 im Bundestag einen Antrag auf Wiedereinführung eingebracht. Sehr verehrte Damen und Herren, keine der anderen auch hier im Saal vertretenen Parteien hat ihm zugestimmt, aber heute haben wir den Antrag hier. Wir entscheiden in der Sache und stimmen diesem Antrag hier natürlich zu, weil wir davon überzeugt sind.

(Beifall bei der AfD)

Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter: Ein Punkt in unserem Landtagswahlprogramm war sogar die Ausweitung der Meisterpflicht. In diesem Punkt sind wir völlig konträr zu Ihnen, liebe Kollegen von den GRÜNEN. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die Meisterpflicht nicht ausdehnen wollen. Nein, Sie haben sie sogar zum Teil massiv eingeschränkt und damit zu verantworten, dass die Ausbildung darunter gelitten hat. Insbesondere im Fliesenlegerhandwerk haben eine Menge Leute viel billiger angeboten als die Meisterbetriebe, die zum Beispiel auch ausgebildet haben.

Jetzt komme ich noch einmal zurück auf den Antrag betreffend die Ausweitung der Meisterpflicht. Ich bin nebenbei seit 32 Jahren gastgewerblicher Unternehmer. Hier gibt es gar keine Prüfpflicht. Wir fordern, dass hier zum Beispiel auch eine Zulassung erfolgen, eine Prüfung abgelegt werden muss. In Österreich funktioniert das. Manchmal kann man von Österreich etwas lernen.

In diesem Sinne möchte ich meine Rede schließen: Schauen wir auch einmal zu den Nachbarn hinüber, die sich dem EU-Diktat nicht fügen, die Meisterpflicht, die ein Qualitätsmerkmal ist, abzuschaffen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Tu felix Austria!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Bergmüller.
– Als Nächster hat der Abgeordnete Michael Busch von der SPD-Fraktion das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Handwerks- und Industriemeister haben trotz des teilweisen Wegfalls des Meisterzwangs im Handwerk einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Als SPD-Mann und ehemaliger Kommunalpolitiker halte ich die Entscheidung über diesen Wegfall ausdrücklich für falsch. –

(Beifall bei der AfD)

Handwerksmeister haben nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland einen sehr hohen Stellenwert. Dort sind die breit ausgebildeten Spezialisten des Handwerks und der Industrie sehr begehrt. Die Meisterqualifikation ist eine Ausbildung zum Unternehmer. Der Meisterbrief und die Meisterqualifikation bieten die Chance für Führungsaufgaben und zugleich ein sicheres Fundament für eine selbstständige Tätigkeit. Meister verfügen neben der fachlichen Qualifikation über eine gründliche Ausbildung in Unternehmensführung, Betriebswirtschaft und Arbeitspädagogik. Zutreffend ist auch, dass handwerkliche Meisterbetriebe, ob als Existenzgründer oder durch die Übernahme eines bestehenden Betriebes, in der Regel eine wesentlich höhere Überlebensrate als Existenzgründungen in anderen Wirtschaftsbereichen aufweisen. Handwerkliche Meisterbetriebe bilden auch überdurchschnittlich aus. Diese Erkenntnis darf man nicht zur Seite schieben. Im Handwerk werden weit mehr Menschen ausgebildet als in allen anderen Bereichen.

Für die SPD stehen der Erhalt des Meisterbriefs und seine Verteidigung auch gegenüber Bestrebungen der EU außer Frage, und – ich habe es gerade erwähnt – die Ausbildungsleistung insgesamt ist besonders hervorzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl in Bayern als auch im Bund tritt die SPD seit vielen Jahren dafür ein, diese Berufe mittels einer gebührenfreien Meister- und Technikerausbildung attraktiver zu machen und die berufliche Bildung insgesamt weiter aufzuwerten.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der letzten Legislaturperiode wurden aufgrund von SPD-Initiativen das Meister-BAföG erhöht und der Meisterbonus eingeführt. Frau Kollegin Scharf, es ist natürlich begrüßenswert, dass dieser noch einmal angepasst worden ist.

Marktveränderungen im Handwerk müssen sich allerdings im gesetzlichen Rahmen bewegen, und das muss der Staat entsprechend kontrollieren. Letztlich ist es aber

auch Aufgabe der Betriebe – das ist auch eine Wahrheit –, durch qualitativ hochwertige Leistungen, durch gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen dazu beizutragen, dass Meisterqualität bei einer persönlichen Dienstleistung auch ihren Preis hat.

Im vorliegenden Antrag wird explizit das Ziel zum Ausdruck gebracht, die duale Ausbildung noch attraktiver zu machen. An dieser Stelle komme ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Stärkung der Meisterpflicht und eine Anhebung des Meisterbonus nur zwei von vielen Maßnahmen sein können, um die Attraktivität des Handwerks wieder zu steigern. So werden beispielsweise nur noch weniger als ein Drittel der Beschäftigten nach Tarifvertrag bezahlt. Eine geringe Tarifbindungsquote und die damit häufig einhergehenden schlechteren Arbeitsbedingungen, wie wir sie letzte Woche anlässlich des Tariftreue- und Vergabegesetzes diskutiert haben, tragen ebenfalls dazu bei, dass es für junge Leute nicht mehr attraktiv ist, ein Handwerk zu erlernen. Auch das ist eine Wahrheit. Die Förderung des Handwerks bedeutet auch ein Stück mehr Gerechtigkeit: Nicht nur der akademische Weg, sondern auch der handwerkliche soll gefördert werden.

Ich bekräftige an dieser Stelle das von der SPD-Fraktion immer wieder geforderte Bildungsfreistellungsgesetz. Die SPD-Fraktion wird dem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Frau Kollegin Scharf, Herr Kollege Eibl, vielleicht verschließen Sie sich dann auch dem Bildungsfreistellungsgesetz nicht. Sie legen auch großen Wert auf den Erhalt und die Sicherstellung des Meisterbriefs als hohen Qualitätsstandard wie auf die Sicherstellung und Stärkung der beruflichen Bildung und des dualen Systems. Konsequenterweise sollten Sie diese Punkte langfristig sicherstellen, nicht nur einmalig mit der Wiedereinführung der Meisterpflicht und der Mitfinanzierung der Ausbildung durch den Meisterbonus, sondern auch über die zeitliche Möglichkeit einer fortlaufenden Weiterbildung der Mitarbeiter bzw. Fachkräfte. Das sichert die Qualität langfristig.

Die Bundesratsinitiative Bayerns formuliert ein aus unserer Sicht durchaus berechtigtes Anliegen. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag eine Überprüfung der Situation und Konsequenzen aus den Ergebnissen festgehalten. Die SPD-Fraktion un-

terstützt die Prüfung einer möglichen Reform der Handwerksordnung insbesondere vor dem Hintergrund der Verbesserung des Ausbildungsstandes und der Ausbildungsqualität. Allerdings muss eine Ausweitung der Meisterpflicht für weitere Gewerke sowohl im Dialog mit den Betroffenen geführt werden als auch verfassungs- und europarechtskonform sein. – Herzlichen Dank, wir stimmen zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Busch. – Als Nächster hat der Abgeordnete Martin Hagen für die FDP-Fraktion das Wort.

Martin Hagen (FDP): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Handwerk ist eine tragende Säule der Wirtschaft in Bayern. Deswegen begrüßen wir es, wenn diese Regierung nun etwas für die Handwerkerinnen und Handwerker in Bayern tun möchte. Es freut mich besonders, dass Sie in Ihrem Antrag explizit auf die segensreiche Wirkung des Meisterbonus hinweisen. Diesen hat die FDP 2013 eingeführt. Der Meisterbonus hat sich bewährt. Wir wollen ihn auch weiter ausbauen.

(Beifall bei der FDP)

Wir gehen deshalb mit Punkt zwei Ihres Antrags voll konform. Wir müssen den staatlichen Zuschuss zu den Meisterprüfungen weiter erhöhen. Ein Hochschulstudium ist kostenlos, eine Meisterausbildung kostet Tausende von Euro. Das kann nicht sein. Wir brauchen hier endlich eine Angleichung.

(Beifall bei der FDP)

Punkt eins Ihres Antrags können wir aber nicht unterstützen. Sie fordern die Wiedereinführung des Meisterzwangs für möglichst viele Handwerksberufe. Sie zeigen damit eines: Dieser Staatsregierung fehlt der marktwirtschaftliche Kompass. Der Meisterzwang ist eine hohe Marktzugangshürde. Es war richtig, dass die Schröder-Regierung

diese Hürde im Zuge der Agenda 2010 für 53 von 91 Handwerksberufen aufgehoben hat.

(Zuruf von der AfD: Das war falsch!)

Seitdem dürfen sich Gebäudereiniger, Fliesenleger, Raumausstatter, Maßschneider und andere auch ohne Meisterbrief selbstständig machen. Das hat einen Gründungsboom in diesen Branchen ausgelöst. Es hat zu mehr Jobs geführt. Es hat zu mehr Wettbewerb geführt. Das ist es, was unser Land braucht.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Zu Preisdumping hat das geführt!)

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Grund, das Rad vor die Agenda 2010 zurückzudrehen. Sie haben selbst gesagt, dass sich Meisterbetriebe auch nach dem Wegfall des Meisterzwangs hervorragend am Markt behaupten. In 41 gefahrgeneigten Handwerksberufen gilt der Meisterzwang ohnehin noch. Auch in anderen Branchen ist der Meisterbrief nicht obsolet geworden, sondern er ist ein Gütesiegel. Der Meisterbrief ist ein Gütesiegel, auf das sich qualitätsbewusste Kunden weiterhin verlassen können. Das wird und darf auch so bleiben.

Wir brauchen keine weitere Abschottung von Märkten. Wir brauchen eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung für Handwerksberufe. Dafür müssen wir schon in den Schulen werben, insbesondere in den Gymnasien, wo die Berufsorientierung zu kurz kommt. Lassen Sie uns die Berufsschulen moderner ausstatten, lassen Sie uns eine Exzellenzinitiative für berufliche Bildung starten, stellen wir bei der Stipendienvergabe endlich beruflich Qualifizierte und Akademiker gleich! Ein Meisterbrief soll genauso attraktiv sein wie ein Masterabschluss. Das ist das Credo der Freien Demokraten.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hagen. Bleiben Sie noch am Rednerpult. Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Martin Hagen (FDP): – Natürlich, gerne.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Hagen, Sie sprechen von Meisterzwang. Im Antrag wird von Meisterpflicht gesprochen. Wir, die AfD-Fraktion, sprechen von Meister-ehre.

(Beifall bei der AfD)

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege, eine Frage endet gewöhnlich mit einem Fragezei-chen, nicht mit einem Ausrufezeichen.

(Lachen bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann war es halt ein Ausrufezeichen!)

Die FDP steht zur Meisterehre. Wenn für die AfD Ehre mit Zwang einhergeht, dann sagt das viel über Ihre Politik aus.

(Beifall bei der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Was für ein Unsinn!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hagen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/212 – das ist der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Eine Enthaltung bei der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.